Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 117. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 20. Mai 1933. | 15. Jahrgang.

Zur kirchlichen Lage

(Schluß.)

Ganz kurz sei hier noch zur Ergänzung des Berichtes über die gegenwärtigen Vorgänge auf dem kirchlichen Gebiet folgendes gesagt: Bezüglich der Arbeiten des Ausschusses für die werdende deutsche evangelische Kirche heißt es in einer Aeußerung dieser Tage, es muß versucht werden, dem Geschlecht unserer Tage deutlich zu machen, was es heißt, evangelisch zu sein. Die reformatorischen Bekenntnisse, die dafür vor 400 Jahren auf Grund des Wortes Gottes den klassischen und unantastbaren Ausdruck geben, rufen uns heute zu einem Akt des Bekennens auf, wie er in der Sprache unserer Zeit und in den heute an uns herantretenden Fragen nötig ist. Dafür das rechte Wort zu finden, versammeln sich die Bevollmächtigten während dieser Woche in der Stille. Die deutsch-evangelische Kirche wird aufgefordert, Gottes Segen für das Werk zu erbitten." Aus der Formulierung dieser Sätze geht nicht deutlich hervor, ob die Schaffung eines neuen Bekenntnisses gemeint ist oder gleichsam ein Dach über den alten Bekenntnissen.

Ferner wird berichtet: „Es vollzieht sich die innerkirchliche Gleichschaltung der zahlreichen evangelischen Verbände. Dem Zuge der Zeit und dem Bedürfnis der Stunde entspricht es, daß die verschiedenen Gruppen der evangelischen Frauen-, Männer- und Jugendarbeit der evangelischen Liebestätigkeit aller Art, der Schul- und Erziehungsverbände des evangelischen Oeffentlichkeits- und Volksbildungsdienstes auf allen Linien zu größter Wirkung im Dienst am Volk zusammengefaßt werden. Der als Zentralorganisation der freien Verbände bekannte Zentralausschuß für die Innere Mission der evangelischen Kirche erhält dadurch gleichfalls eine mit der kirchlichen Neuordnung parallel gehende neue Verfassung und die der entscheidungsreichen Zeit entsprechende Möglichkeit grathaften und straffsten einheitlichen Handelns im Kampf mit der Volksnot. Dabei dürfte die Form der Berufung eines kirchlichen Kommissars für die Innere Mission den Ansprüchen am besten gerecht werden und die Aktionskraft am ersten sicherstellen. Die seit Jahren von vielen Seiten erstrebte unmittelbare Verbindung zwischen der Führung der Gesamtkirche einerseits und dem Aktionszentrum der Inneren Mission andererseits wird durch die Berufung eines solchen Kommissars der Arbeit der Inneren Mission verwirklicht.

Auch die Aeußere Mission hat mit Recht ihre Wünsche bei der Neugestaltung der evangelischen Kirche angemeldet. Es heißt in einer Aeußerung des Vertrauensrates der Berliner Missionsgesellschaft: „Nichts kann deutlicher machen, daß die Kirche ihr Wesen, ihre Maßstäbe und Ziele nicht von Menschen nimmt, sondern von Gott, als kraftvoll betriebene Weltmission. Die Erfahrung lehrt, daß dadurch dem eigenen Volk nicht Kraft entzogen, sondern in überraschendem Maße zugeführt wird. Das Band zwischen Kirche und Mission muß gerade dann enger, das Bekenntnis der Kirche zu ihrer Heidenmission gerade dann lauter werden, wenn deutlicher als bisher der Dienst am Volk als die Aufgabe der Kirche bejaht wird. Die Kirche selbst trägt vor dem Herrn die Verantwortung für die Mission. Die Organisationen der deutschen evangelischen Heidenmission müßten ihrerseits bereit sein, Verzicht zu leisten und Umgestaltungen einzugehen, wo die Eingliederung der Missionsarbeit in die Kirche Hindernisse findet, ohne daß durch solche Aenderungen Lebensbedingungen der Missionsarbeit gestört werden."

Die Vereinigung evangelischer Freikirchen in Deutschland berichtet aus einer Besprechung mit dem Wehrkreispfarrer Müller als dem Bevollmächtigten Adolf Hitlers: Es sei nicht die Absicht des Staates, die Glaubensüberzeugungen im Volk antasten zu wollen. Die religiösen Kräfte, die in den Freikirchen vorhanden seien, wisse man zu schätzen. Bezüglich der Zusammenfassung der Körperschaften des öffentlichen Rechtes in den Freikirchen und Bünden wolle die Regierung keine Vorschläge geben. Solche Aenderungen müßten diese selbst vorbereiten. Allerdings wird erwartet, daß auch die freikirchlichen Gemeinden oder Gemeinschaften sich in den großen Dienst der Erneuerung des Volkslebens stellten."

Mit starkem Interesse beobachten auch die freikirchlichen evangelisch-lutherischen Gemeinden die gegenwärtige Entwicklung. Sie haben folgende drei Hauptwünsche:

1. eine vereinigte selbständige staatsfreie lutherische Kirche deutscher Nation, der auch über die Grenzen Deutschland hinaus lutherische Gemeinden sich angliedern können. Daneben eine entsprechend geartete vereinigte reformierte Kirche.
2. für einen etwaigen Kirchenbund zwischen diesen beiden Kirchen nicht den Namen Kirche!
3. keine neue kirchliche Union.

Die Sorge vor der Union ist aus der Geschichte dieser Gemeinden wohl zu verstehen. Nur wäre zu wünschen, daß man einen Unterschied gemacht hätte zwischen der Union aus Staatsraison, welche in der Geschichte all die bekannten unerfreulichen Folgen gezeitigt hat und einer Union aus Glauben, welche kein geringerer als unser Herr selbst (Joh. 17, 21 und Joh. 10, 16) zum Glauben- und Gebetsanliegen der Seinen macht.

Wilm.

Alles ist nur Uebergang,
Merke wohl die ernsten Worte!
Von der Stunde, von dem Orte
Treibt dich eingepflanzter Drang.
Tod ist Leben, Sterben Pforte.
Alles ist nur Uebergang.

Brückeninschrift.

Brief aus Sachsen.

Die politische Neuorientierung in Sachsen hat mit der Ernennung des Reichsstatthalters, des nationalsozialistischen Gauleiters Mutschmann, ihren ersten Abschluß erreicht. Zwei Monate Reichskommissariat liegen zurück, Monate der angestrengtesten Tätigkeit, die nach dem Zusammenbruch einer falsch verstandenen Demokratie den neuen Staat aufbauen mußte. Der Reichskommissar sah eine Arbeit vor sich, wie sie, abgesehen von Preußen, nirgends in solchem Umfang zu leisten war. Säuberung der Verwaltungen und des öffentlichen Lebens von allen staats- und volksfeindlichen Elementen war die Hauptparole. Die Maßnahmen gegen den Marxismus folgten Schlag auf Schlag: Verbot der gesamten marxistischen Presse, der kommunistischen Partei, des Reichsbanners, der Eisernen Front, der sozialistischen Arbeiterjugend, des sozialistischen Aerztebundes, der „Ernsten Bibelforscher" und zahlreicher anderer Verbände. Als eine wahre Wohltat wurde empfunden, daß endlich die ungeheuren, geldlichen Zuwendungen, die die marxistischen Organisationen solange aus öffentlichen Mitteln unter allen möglichen Decknamen erhalten hatten, gesperrt wurden. Die nachhaltige Bekämpfung aller illegalen Verbände machte es notwendig, daß ein polizeiliches Oberpräsidium in Sachsen eingerichtet wurde, das die Verschmelzung der verschiedenen Polizeiverbände und die Einführung einer sogenannten „Geschlossenen Kameradschaft" der Polizei zur Folge hatte. Ein Polizeibeamter darf in Sachsen nicht mehr gleichzeitig einem Wehrverbande, sei es dem Stahlhelm, der SA. oder der SS. angehören. Die Errichtung einer Zentrale zur Umsturzbekämpfung und eines Sonderdezernats zur Bekämpfung der Korruption wurde beschlossen.

Mit der Bildung eines Sondergerichts in Freiberg, der Umbildung der sächsischen Anwaltskammer und der Säuberung der gesamten sächsischen Justiz wurde eine grundlegende Aenderung des sächsischen Strafvollzuges erstrebt. Die in den Landesgefängnissen seit Jahren eingerissene Lockerung der Ordnung ist durch eine straffere Zucht ersetzt worden, und die Gefangenen sollen zu nationalen und rechtlich denkenden Menschen erzogen werden. Daß sehr umfangreiche Aktionen zur Bekämpfung des literarischen Schmutzes in Wort und Bild vorgenommen wurden, hat vor allem großen Beifall gefunden. In den Schulen ist der Religionsunterricht wieder als gleichberechtigtes Pflichtfach eingeführt, Schulgebet und Choral stehen wieder am Anfang und Ende des Unterrichts. Auch die Schulbüchereien, die arg verseucht waren, werden einer eingehenden Durchsicht unterzogen. Das von der sächsischen Regierung verfügte Verbot der kommunistischen und sozialdemokratischen Jugendweihen, die an Stelle der Konfirmation stattfanden, ist soeben auch auf alle antichristlichen Mütter-, Braut-, Ehe- und Totenweihen und sonstige gleichgerichtete Veranstaltungen ausgedehnt worden, die bestimmt waren, die kirchlichen Tauf-, Trauungs- und Begräbnisfeierlichkeiten zu ersetzen.

Der bisherige Reichskommissar Manfred von Killinger ist als sächsischer Ministerpräsident vom Reichsstatthalter berufen worden, und die endgültige Regierung ist von nationalsozialistischen Führern gebildet. Diese Regierung hat den sächsischen Landtag schon für die nächste Zeit einberufen. Der Landtag zeigt folgendes Bild: Er umfaßt statt den früheren 96 Abgeordneten nur noch 70, wovon auf die Nationalsozialisten 38 entfallen, auf die Deutschnationalen 6, die Deutsche Volkspartei 1, den Christlichsoz. Volksdienst 1, das Zentrum 1, die Deutsche Staatspartei 1 und die SPD. 22. Da die Kommunisten ausgeschlossen sind, haben die Nationalsozialisten für sich allein die absolute Mehrheit. Von den sozialdemokratischen Führern sind viele geflüchtet und halten sich im Ausland, vor allem in der Tschechoslowakei, auf. Das ruhmlose Verschwinden dieser Sozialdemokraten bildet die größte Enttäuschung für die proletarischen Massen, und man begreift allmählich, welch innerlich schwachen Männern man jahrelang gefolgt ist. Manche dieser Führer haben, selbst wenn sie noch im Inland sind und keine Verhaftung zu befürchten haben, nicht einmal den Mut, als

Wieder Militärgerichtsbarkeit

Uebertragung der Befugnisse des früheren Reichsmilitärgerichts auf das Reichsgericht.

Berlin, 19. Mai.

Zu dem Gesetz über Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit wird nunmehr von den zuständigen Stellen eine Begründung veröffentlicht, die darauf hinweist, daß die Aufhebung der alten Militärgerichtsbarkeit im Jahre 1919 weder durch äußeren Zwang, noch durch sachliche Gründe veranlaßt worden war, sondern lediglich durch parteipolitisches Mißtrauen gegen die Urteile der Militärgerichte, denen zu große Schärfe bei Verfehlungen gegen die militärische Unterordnung, zu große Milde gegen Mißbrauch der Dienstgewalt und zu geringes Verständnis vor die Psyche des einfachen Soldaten vorgeworfen wurde.

Diese Vorwürfe waren in ihrer Allgemeinheit unberechtigt. Der Hauptgesichtspunkt, der bei der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit keine genügende Berücksichtigung fand, war der, daß die Strafgerichtsbarkeit über die Soldaten aufs engste mit der militärischen Disziplin zusammenhängt und daß ein Auseinanderreißen beider der Sache nur zum Schaden gereichen kann. Die Erfahrungen seit der Aufhebung haben bewiesen, daß die bürgerlichen Strafverfolgungsbehörden trotz ernstesten Bestrebens es natürlich nicht vermocht haben, in der Rechtsprechung den militärischen Notwendigkeiten zu genügen.

Eine der wesentlichsten Mängel des gegenwärtigen Zustandes ist es, daß außer dem Staatsanwalt auch dem Richter in der Regel die Kenntnis der militärischen Verhältnisse abgeht, wie denn auch nur auf mangelnde Vertrautheit mit dem militärischen Leben und den Erfordernissen der militärischen Manneszucht die meisten Fehlentscheidungen zurückzuführen sind. Ferner wird die zivile Gerichtsbarkeit von den Soldaten stets als eine dem militärischen Leben fremde Einrichtung empfunden werden, ein Gefühl, das durch die nicht seltene Aburteilung rein militärischer Delikte unter Mitwirkung weiblicher Schöffen immer aufs neue genährt werden wird.

Da sich jetzt infolge der nationalen Erhebung die politischen Verhältnisse durchgreifend geändert haben, erscheint der Zeitpunkt gekommen, die Militärgerichtsbarkeit wiederherzustellen, um das für die militärische Disziplin und Eigenart auf dem Gebiete der Strafrechtspflege Notwendige zu gewährleisten und die Gefahren, die im Falle eines Krieges auf diesem Gebiete entstehen würden, endgültig zu bannen.

Da die Wiedereinführung des früheren Reichsmilitärgerichtes außerordentlich hohe Kosten verursachen würde, empfiehlt es sich, an seine Stelle das Reichsgericht treten zu lassen.

Ueberleitung und Durchführung des vorgeschlagenen Gesetzes bedürfen umfangreicher Verwaltungsanordnungen, die zweckmäßig dem Reichswehrminister überlassen werden. Ebenso empfiehlt es sich, diesen zu ermächtigen, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz die Militärstrafgerichtsordnung, das Einführungsgesetz dazu und das Militärrichterdisziplinargesetz, die durch mancherlei Aenderungen unübersichtlich geworden sind, nicht nur neu zu fassen, sondern auch an die geltende Wehrverfassung sowie an das Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozeßordnung anzupassen.

Restlose Zustimmung der italienischen Presse.

Die Rede des Reichskanzlers beherrscht als Hauptthema die ganze italienische Presse, die ausnahmslos den Ausführungen Hitlers zustimmt. Mussolinis „Popolo d'Italia" schreibt: Hitler biete die aufrichtige und tatsächliche Mitwirkung des neuen Deutschland zu der von Rom und von Washington verheißenen Versöhnungspolitik an.

Ende Juli werden mehrere russische Kriegsschiffe Istanbul besuchen, um die russisch-türkische Freundschaft auch äußerlich zu bekunden.

Stadt. Bibliothek 411

gewählte Abgeordnete in den Gemeindeparlamenten zu erscheinen und das Interesse ihrer Wähler zu vertreten. Sie bleiben einfach den Sitzungen fern. Bezüglich der Gemeindeparlamente und -körperschaften hat die sächsische Regierung zu Beginn dieses Monats eine entscheidende Aenderung der Gemeindeordnung erlassen, die weit über Sachsen hinaus von Wichtigkeit ist und sofort unmittelbare Wirkungen hat. Der erste Abschnitt dieser Verordnung bestimmt die Voraussetzungen für das Amt eines Gemeindeverordneten, Gemeinderatsmitgliedes, Bürgermeisters usw. Berufsmäßige Beamten, Angestellte und Arbeiter einer Gemeinde können nicht mehr in derselben Gemeinde Gemeindeverordnte sein. Für Beamte, Angestellte und Arbeiter von Gesellschaften und Körperschaften, bei denen die Gemeinde kapitalmäßig mehr als die Hälfte beteiligt ist oder bei denen sie auf die Verwaltung maßgebenden Einfluß hat, gilt dasselbe; Vollzugsbeamte der Polizei können ebenfalls nicht mehr Inhaber eines Mandates sein. Wer also irgendwie im Dienste einer Stadt oder Gemeinde steht, sei es als Lehrer, Verwalter, Gemeindearbeiter, kann nicht mehr Gemeindeverordneter werden. Auch auf Beamte, die irgendwo in einer Staatsaufsichtsbehörde sitzen, ist das Gesetz ausgedehnt. Daß ein Gemeindeverordneter nicht auch zugleich Mitglied des Gemeinderates sein darf, war zwar schon bislang in Uebung, wird aber aufs neue eingeschärft. Von äußerster Wichtigkeit sind die Bestimmungen, die die verwandtschaftlichen Beziehungen der Gemeindeverordneten regeln. Personen, die mit Gemeinderatsmitgliedern geradlinig verwandt oder verschwägert sind oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert sind, können nicht Gemeindeverordnete sein. Ebenso nicht Ehegatten von Gemeinderatsmitgliedern. Auch keine angenommenen Kinder dieser letzteren. Weder der rechtmäßige Sohn eines Bürgermeisters noch sein Adoptivsohn kann also in Zukunft sich in die Gemeindevertretung wählen lassen. Die gleichen Bestimmungen dehnen sich aus auf Schwiegersöhne, Schwiegerväter, Vettern und Neffen von Gemeinderatsmitgliedern, Gemeindeverordneten usw. Natürlich dürfen diese verwandtschaftlichen Beziehungen auch nicht bei Gemeindeverordneten untereinander vorhanden sein. Wie einschneidend das ist, erhellt am besten, wenn man bedenkt, daß z. B. nicht mehr Vater und Sohn gleichzeitig oder zwei Brüder oder Vater und Schwiegersohn oder Onkel und Neffe ein Mandat innehaben dürfen. Bei erst später eintretenden verwandtschaftlichen Beziehungen geht einer der Inhaber von selbst seines Amtes verlustig. Ein Gemeindeverordneter, der etwa durch Heirat mit der Familie eines anderen Gemeindeverordneten, Ratsmitgliedes oder Bürgermeisters in Verbindung tritt, verliert ohne weiteres sein Mandat. Bei der Ausscheidung hat in der Regel der jüngere Mandatsinhaber vor dem älteren auszuscheiden und die Ehefrau vor dem Ehemann. In Zweifelsfällen entscheiden die Gemeindeverordneten Alle vor kurzem neu gewählten Gemeindeverordneten sind auf diese neuen Bestimmungen hin sofort eingehend zu prüfen. Ein anderer Hauptabschnitt der neuen Gemeindeordnung bringt die Beseitigung der Verhältniswahl. An ihre Stelle tritt das reine Mehrheitsprinzip. Nach diesem Prinzip werden in Zukunft gewählt: alle Gemeindeälteste und Bürgermeisterstellvertreter, alle ehrenamtlichen Mitglieder des Gemeinderats und die unbesoldeten Stadträte und alle Ausschüsse samt den Sachverständigen für die Ausschüsse. Damit scheidet die Wahl nach dem Stärkeverhältnis der einzelnen Fraktionen, d. h. die relativ starke Besetzung der Aemter nach dem relativen Stärkeverhältnis der Parteien unter sich, in Zukunft aus, so daß die marxistischen Fraktionen, wenn nur die nationalen Parteien die Mehrheit haben, keine Aemter der genannten Art mehr bekleiden können. Der Umstand, daß das Ministerium des Innern die Möglichkeit hat, die Gemeindeverordnetenkollegien aufzulösen und dann nicht mehr gezwungen ist, wie das bisher der Fall war, innerhalb von 3 Monaten eine Neuwahl auszuschreiben, sondern eine solche Ausschreibung einfach dem Ministerium überlassen bleibt, gibt dem Staat die Macht, etwaige noch vorhandene rein rote Gemeindemehrheiten bei entsprechendem Anlaß einfach aufzulösen und damit unwirksam zu machen. Das Ministerium kann Neuwahlen ausschreiben, eine Notwendigkeit aber liegt von Gesetzes wegen nicht vor. Die Amtsdauer der ehrenamtlichen Ratsmitglieder gilt in Zukunft mit der Auflösung des Gemeindeverordnetenkollegiums ebenfalls als beendet. Alle Mitglieder des Gemeinderates, nicht nur die hauptamtlichen, sondern auch die ehrenamtlichen, müssen von der Aufsichtsbehörde bestätigt werden, und ihre Zahl darf nicht mehr als ein Viertel der Zahl der Gemeindeverordneten betragen. Unter den weiteren Bestimmungen des neuen Gemeindegesetzes ist noch zu nennen, daß künftig jeder Bürgermeister, der gewählt wird, von der Staatsbehörde zu bestätigen ist. Die Vorsteher von Gemeindeverordnetenkollegs können eigenmächtig in bestimmten Fällen Gemeindeverordnete bis zu 7 Sitzungen ausschließen. Ein ausgeschlossener Gemeindeverordneter erhält keine Aufwandsentschädigung. Der bis jetzt zulässige sogenante Bürgerschaftsentscheid ist ganz aufgehoben worden. Ein Bürgerschaftsentscheid kann daher beispielsweise nicht mehr die Auflösung eines Gemeindeverordnetenkollegiums bewirken. Endlich macht das neue Gesetz alle Aemter der ehrenamtlichen Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder und Bürgermeisterstellvertreter, die noch auf Grund von früheren Wahlen vorhanden sind, ungültig. Es müssen Neuwahlen vorgenommen werden. — Die jetzige Ordnung führt also zu einer völligen Umgestaltung der lebenswichtigen, kommunalen Verhältnisse in Sachsen. Die Herrschaft der staatsfeindlichen früheren Elemente ist damit endgültig gebrochen.

Besondere Bedeutung gewinnt neben dieser politischen Neuorientierung auch das Problem der Rückführung des Proletariats zu einer besseren geistigen Auffassung des Lebens. Diese Rückführung stellt hohe Anforderungen an die Kirchen. Da die sächsische Bevölkerung in der Hauptsache evangelisch ist, so häufen sich für die evangelische Landeskirche die Aufgaben. Eine Neuwahl des Bischofs steht bevor, ein Akt, an dem lebhafter, allgemeiner Anteil genommen wird. Lebhafte Diskussionen haben im übrigen über den organisatorischen Neubau der Kirche und ihr Verhältnis zum Staat eingesetzt. Die Haltung sächsischer, geistlicher Kreise zum Staat dürfte von besonderem Wert sein, weil die sächsische Landeskirche in ihrer engen Begegnung mit dem alten Staat manche Erfahrungen sammeln konnte. Es wird mit hohem Ernst verlangt, daß, so sehr die Kirche an dem Neubau des Staates volles Interesse habe, doch die Neuordnung der geistlichen Dinge ausschließlich eine Angelegenheit der Kirche selbst sein müsse.

Dr. A.

„Denkt an die Stiftung für Opfer der Arbeit!"

Einzahlungen an die Reichskreditgesellschaft A.-G., Berlin W. 8, Behrenstr. 21/22, sowie auf deren Reichsbankgirokonto und deren Postscheckkonto Berlin 120 unter Angabe der Kontobezeichnung „Stiftung für Opfer der Arbeit".

Kirchliche Arbeitsgemeinschaft.

Ein „Arbeitsring" zur Schaffung einer neuen Kirchenverfassung.

— Berlin, 18. Mai. Die „Tägliche Rundschau" veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 19. Mai unter der Ueberschrift „Kein Kompromiß. — Neuschaffung der Kirche!" eine Unterredung mit Dr. Weichert, dem Bevollmächtigten der Reichsleitung der Deutschen Christen, über die laufenden Arbeiten in der Kirchenreform. Dr. Weichert äußert sich darin u. a. wie folgt:

„Ich kann die Sorge nicht unterdrücken, daß die maßgebenden Stellen ihre Arbeit bisher nicht mit dem Ziel einer gründlichen Neugestaltung geführt haben. Es erscheint mir deshalb notwendig, daß die beteiligten Führer der Deutschen Christen sich mit den in Frage kommenden Vertretungen jener anderen Gruppen und Arbeitsgemeinschaften sowie mit hervorragenden und erfahrenen Persönlichkeiten des kirchlichen und theologischen Lebens zu einem „Arbeitsring" zusammenfinden. Im Einvernehmen mit Wehrkreispfarrer Müller werde ich in den nächsten Tagen alle in Frage kommenden Männer zu einer Aussprache über diese Frage zusammenrufen. Ich habe die feste Zuversicht, daß von einer solchen Arbeitsgemeinschaft ein Verfassungsentwurf ausgearbeitet werden kann, der von keiner der beteiligten Stellen übersehen werden darf."

Das Genfer Falschspiel geht weiter.

Das Wort in Genf liegt bei Frankreich.
Unterschlagung der tschechischen Sokol-Verbände.

Genf, 18. Mai. Bei den Verhandlungen im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz, die am Freitag wieder fortgesetzt werden sollen, besteht in leitenden französischen und englischen Kreisen die Absicht, an den deutschen Vertreter eine Reihe von formellen Fragen zu richten, um Aufklärung über den Standpunkt der Reichsregierung zu den Hauptfragen der Abrüstung, besonders der Vereinheitlichung der europäischen Heerestypen und den deutschen Kriegsmaterialforderungen zu erhalten. Das taktische Ziel auf der Gegenseite geht offensichtlich dahin, jetzt von neuem die angeblich „untragbaren Forderungen" Deutschlands festzustellen und trotz der Reichskanzler-Erklärung eine für die übrigen Mächte unannehmbare deutsche Haltung festzustellen und damit die Schuld, Deutschlands für einen etwaigen ergebnislosen Ausgang der Konferenz nachweisen zu können. Es besteht Übereinstimmung der Eindruck, daß die französische Regierung gegenwärtig vor allem fürchtet, von deutscher Seite zu einer eindeutigen Erklärung über ihre tatsächliche unnachgiebige Haltung gezwungen zu werden.

Demgegenüber wird von deutscher Seite betont, daß weitere Erklärungen sich vollständig erübrigen und nunmehr das Wort an Frankreich und den übrigen schwergerüsteten Mächten sei.

Im Effektivausschuß der Abrüstungskonferenz wurde, wie nicht anders zu erwarten war, beschlossen, die tschechischen Sokol-Verbände als Organisationen ohne jeglichen militärischen Charakter zu erklären.

Flaggenehrung für Schlageter

Berlin, 19. Mai.

Zur Ehrung Leo Schlageters setzen am Freitag, den 26. Mai, aus Anlaß der 10jährigen Wiederkehr des Tages, an dem dieser deutsche Held sein Leben für die Befreiung der Rheinlande geopfert hat, die Behörden des Reiches, der Länder und Gemeinden die Flaggen auf Vollmast. Die Reichsregierung ruft das deutsche Volk auf, sich dem Vorgehen der Behörden anzuschließen.

Die französische und englische Presse zum Saarproblem und zur Kirchenfrage.

Von O. Bungeroth.

Im Jahre 1932 bereitete noch Frankreich die Gefahr seiner Isolierung ernstliche Sorge. Die Meinungsäußerungen der französischen und englischen Presse gingen damals, in bezug auf Saar und Korridor zumal, ziemlich weit auseinander. Das ist in diesem Jahr wesentlich anders geworden. Die Hitlerbewegung hat beide Regierungen wieder näher zusammengebracht und auch der in der Presse lautwerdenden öffentlichen Meinung wieder eine größere Geschlossenheit verschafft.

Vor allem ist es Frankreich, das wieder anfängt, Pläne zur Vernichtung Deutschlands zu schmieden und alle ihm am Herzen liegenden Probleme seiner Auslandspolitik in den Vordergrund des öffentlichen Interesses zu rücken. Wer darf sich auch darüber wundern, wenn man die Aeußerungen des englischen Kriegsministers am 12. Mai im Oberhaus, sowie die vorhergehende deutschfeindliche Stellungnahme der Unterhausparlamentarier in ihren Reden in Betracht zieht. Bessere Bundesgenossen könnte Frankreich sich nicht wünschen. Alle Niederlagen der letzten 10 Jahre hat Frankreich, was bei der Elastizität seines sanguinischen Temperamentes nicht zu verwundern ist, schnell vergessen. Vergessen ist das Scheitern des Versuches, die Rheinbevölkerung durch die sogen. friedliche Durchdringung wirtschaftlicher oder kultureller Art für eine autonome Republik oder gar einen Anschluß an Frankreich zu gewinnen; vergessen sind aber auch die blutigen Niederlagen, die das Rheinland den Separatisten bereitete, die letzteren im Jahre 1923, wie denn 1925 die Jahrtausendfeier die französische Hoffnungssaat im Blick auf die Saarabstimmung im Jahr 1935 völlig vernichtete. Stimmte doch dazumal bei der Probeabstimmung fast die gesamte Saarbevölkerung geschlossen für Rückkehr zum deutschen Vaterland. Man muß sich deshalb wundern, daß „Le Petit Parisien" vom 15. April 1933 es fertig bringt, seinen Lesern das Märchen aufzutischen, einer ihrer Mitarbeiter habe eine Unterredung mit einem deutschen Arbeiter auf den Ruinen von Neunkirchen gehabt, in der ihm derselbe versichert habe, das landwirtschaftliche Frankreich ergänze die Arbeiterbevölkerung des Saargebietes wirtschaftlich besser, als das überindustrialisierte Deutschland. „Werden Sie zur Zeit der Abstimmung daran denken?" — „Aber natürlich!" habe die prompte Antwort des deutschen Arbeiters gelautet. Selbstverständlich soll diese Antwort nach der Angabe des theatralischen Berichterstatters von einem biederen Händedruck begleitet gewesen sein.

Vor allem geht Frankreich jetzt, angesichts der Hitlerbewegung in Deutschland, darauf aus, das Saargebiet als besonders gefährdet durch einen Handstreich der Hitlerleute hinzustellen. „Dadurch, daß Hitler an der Macht ist, wird uns eine Gelegenheit geboten, eine fast verlorene Sache wieder flott zu machen. Lassen wir uns diese Gelegenheit nicht entgehen. Aber beeilen wir uns!"

Aus dieser geheimnisvollen Aeußerung des „L'Echo de Paris" vom 17. April 1933 muß man die Folgerung ziehen, daß Frankreich das Gespenst der Hitlerbewegung dazu mißbrauchen will, eine Beeinflussung der Saarabstimmung schon jetzt langerhand vorzubereiten, wobei man unwillkürlich an die Gewaltmaßnahmen des französischen Generals Le Rond bei der Abstimmung in Oberschlesien 1921 erinnert wird: „Der Völkerbund hat die Art und Weise der Abstimmung anzugeben, aber schon heute muß man sagen, daß 1000 saarländische Polizisten unter der Hitlerbewegung, die mehr oder weniger offen in die Erscheinung tritt, keine Garantie bilden für die geheime und geregelte Abstimmung von fast einer Million Menschen." Es wird dann auf die Möglichkeit hingewiesen, daß doch einige Dörfer oder Städte sich für Frankreich entscheiden könnten und gefragt, wie es dann mit ihrem Schutz von seiten der französischen Regierung aussähe? Die Vorbeugung würde nach Ansicht des Blattes natürlich in Unterdrückung der freien Meinung bestehen, wie in Eupen und Oberschlesien. Noch bezeichnender ist folgender Satz: „Es ist möglich, daß angesichts der Hitlerdiktatur (die nach Ansicht der Zeitung also bis 1935 anhält!) viele Saarländer, und vor allem die zahlreichen und gutsituierten Juden, sich für den jetzigen Zustand aussprechen. Wir müssen sie wissen lassen, daß sie in keiner Weise unter den Folgen ihrer Handlung zu leiden haben werden. Aber das ist Regierungssache." Vielleicht könnte man diese patriotischen Juden neidlos Frankreich überlassen?!

Wie Frankreich an der Saar seinen Weizen blühen sieht, um die Furcht vor der Hitlerbewegung in Deutschland für seine wirtschaftspolitischen Zwecke auszunutzen, so ist es ihm eine Freude, mit Genugtuung feststellen zu können, daß im Osten der Block der kleinen Entente aufs neue zusammengeschweißt ist. So schreibt „L'ère nouvelle" am 22. April 1933: „Die Entwicklung hat die politische Lage Polens sehr verbessert. Wie dieser Tage die große Krakauer Zeitung, Czas, feststellte, ist durch das Ende von Rapallo, durch die Trennung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus der Druck im Osten sehr vermindert worden. Jetzt wurde Polen für eine ziemlich lange Zeit (durch den Nichtangriffspakt nämlich) von der ernsten Gefahr befreit, die für dieses Land ein Zweifrontenkrieg bringen würde."

Groß ist vor allem die Freude Frankreichs darüber, daß der Viermächtepakt gescheitert ist. So schreibt Herriot triumphierend in der englischen Morning Post vom 20. April im Blick auf die bekannten deutschfeindlichen Unterhausreden vom 13. April: „England ist erwacht, der

Preußische Regierungserklärung

Ermächtigungsgesetz gegen die SPD angenommen

In Anwesenheit nahezu aller Abgeordneter gab Ministerpräsident Göring in der zweiten Plenarsitzung des Preußischen Landtags das Programm seiner Regierung bekannt. Der Andrang der Schaulustigen zu dieser Sitzung war außerordentlich stark; sämtliche Tribünen waren überfüllt. Im Sitzungssaal war Pflanzenschmuck angebracht worden, auch war die Wand hinter dem Präsidium mit der Hakenkreuzfahne und mit der schwarz-weiß-roten Flagge und der Landesflagge geschmückt. Die Abgeordneten der NSDAP. waren im Braunhemd oder in der schwarzen Uniform der SS. erschienen, die Mitglieder des Stahlhelm im feldgrauen Rock und die deutschnationalen Abgeordneten verschiedentlich in der grünen Uniform der Kampfgruppen.

Eröffnet wurde die Sitzung mit einer kurzen Ansprache des Landtagspräsidenten Kerrl, der noch einmal kurz auf die Ereignisse der Vergangenheit einging und dann feststellte, daß jetzt endlich dem Absinken vom Wege für alle deutschen Länder die Erfüllung der Sehnsucht, die in die Worte: „Ein Volk, ein Reich" zusammengefaßt ist, folgt.

So grüßen wir, beendete Präsident Kerrl seine Ansprache, in dem Führer und Kanzler, der uns der Herzog im Kampfe um die deutsche Größe und Einheit war, den Mann, der als bester Oesterreicher, als bester Bayer und bester Preuße der erste junge Deutsche ist. (Lebhafter Beifall.) Wir grüßen in unserem Führer und Kanzler den Mann, dem der getreue Eckehard des deutschen Volkes, der Reichspräsident von Hindenburg, das Vertrauen schenkte, das ihm ermöglichte, Vollender der deutschen Sehnsucht zu werden. Wenn wir als Männer der Arbeit die Ehre haben, den Reichskanzler auch als Reichsstatthalter in Preußen zu haben, so geloben wir ihm treue Gefolgschaft.

Präsident Kerrl schloß seine Ausführungen mit einem Gefolgschaftsbekenntnis des Landtags in die Führung des Ministerpräsidenten Göring. Stürmisch begrüßt nahm dann

Ministerpräsident Göring

das Wort. Ministerpräsident Göring verweist zunächst auf das von den Fraktionen der NSDAP. und der Deutschnationalen eingebrachte Ermächtigungsgesetz und fuhr dann fort: Die Regierungserklärung des Reichskanzlers hat in großen Zügen schon all das enthalten, was für alle anderen Länder und für alle anderen Regierungserklärungen maßgebend sein muß. Im großen Rahmen umspannt sie die Aufgaben und Ziele für den Wiederaufbau Deutschlands. Monate liegen hinter uns, in denen allmählich die Befreiungstat des 20. Juli 1932 hinübergeführt wurde in geordnete und verfassungsmäßige Formen. Das wichtigste Gesetz, das die Reichsregierung verkündet hat, ist das Gleichschaltungsgesetz und die weiter erfolgte Einsetzung der Reichsstatthalter.

Mit diesem Gesetz wurde eine jahrhundertelange Entwicklung im Sinne der Festigung und Einigung der deutschen Stämme glücklich abgeschlossen. Der Dualismus Preußen—Reich ist seit den unglückseligen Novembertagen 1918, die zur Zerreißung Deutschlands, zur Schwächung der deutschen Reichspolitik und zur Verminderung der preußischen Belange geführt haben, überall und endgültig beseitigt (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten und Deutschnationalen.)

Preußen ist zu seiner alten Mission und ruhmreichen Tradition, Grund- und Eckpfeiler Deutschlands zu sein, zurückgeführt worden. Das Vertrauen meines Führers und Kanzlers bildet für mich und für die gesamte Regierung den Ausgangspunkt ihres gesamten Tuns und Handelns, ihres ganzen Fühlens und Denkens. Ueber ein Jahrzehnt stehe ich Schulter an Schulter mit meinem Führer. Ueber ein Jahrzehnt darf ich mich rühmen, in unverbrüchlicher Treue sein Gefolgsmann zu sein. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Und so übernehme ich die preußische Staatsregierung nicht nur als Ministerpräsident, nicht nur in der Uebertragung der Reichsstatthalterbefugnisse, sondern in erster Linie als der treueste Paladin meines Führers Adolf Hitler. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.) Hieraus folgt, daß Preußen seine Politik in Zukunft im engsten Einvernehmen mit dem Reich und nach den Richtlinien seines Kanzlers führen wird, wobei nach dem besten Willen des Kanzlers die berechtigten Interessen Preußens als größten deutschen Landes in vollem Umfang gewahrt sein werden. Unter keinen Umständen werde ich dulden, daß preußischer Besitz von Preußen abgetrennt wird. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten und Deutschnationalen.) Der Kanzler will, daß Preußen, preußische Politik und preußische Verwaltung für alle Zeiten die Grundlagen des Reiches bilden.

Hieraus ergibt sich für die Staatsführung die heilige Pflicht, ihre Politik auch im Geiste dieser nationalsozialistischen Revolution zu führen. Die Uebernahme der Macht durch die nationale Regierung konnte nicht vor sich gehen, ohne daß hier und dort scharf zugegriffen wurde. Die von der Regierung vorgefundenen Mißstände waren und sind außerordentlich groß. Auch heute muß in einzelnen Fällen noch kräftig durchgegriffen werden. Die nationale Revolution nimmt ihren Fortgang. Sie tritt aber in eine neue Epoche mit neuen Aufgaben, in die Epoche des Aufbaues, ein.

Aufgabe der zweiten Epoche

Als wichtigste Aufgaben der zweiten Epoche der nationalen Revolution erscheinen folgende:

Durchgreifende geistige Erneuerung des deutschen Menschen, der organische Um- und Ausbau des Staates, des gesamten öffentlichen Lebens, aber auch des Privatlebens jedes Deutschen, soweit es das öffentliche Wohl erfordert, insbesondere auch der organische Um- und Ausbau des Wirtschaftslebens als materielle Daseinsgrundlage jedes einzelnen und des Volkes in seiner Gesamtheit.

Aus diesen drei großen Aufgabengebieten bietet sich gerade der preußischen Staatsregierung besonders reiche Möglichkeiten zur aktiven Betätigung.

Es gilt, überall äußerste Sparsamkeit, peinlichste Sauberkeit und genaueste Pflichttreue in der Verwaltung wieder einzuführen. Es muß wieder der Beamtentyp entstehen, der seiner Vergangenheit würdig war und würdig ist.

Entsprechende Maßnahmen sind zu treffen, um die Einordnung jedes einzelnen Bürgers in das Staatsganze in einer letzten Endes nur durch das öffentliche Wohl bestimmten Weise herbeizuführen. Auf die Mitarbeit der Vertretungen des Volkes will die Staatsregierung keineswegs verzichten. An erster Stelle steht die Staatsautorität

Gemeinnutz vor Eigennutz

Wir wollen die Staatsautorität unbedingt gewahrt sehen. Das hat die Staatsregierung bereits durch die Art zu erkennen gegeben, wie sie die Einzelaktionen nicht verantwortlicher Stellen abgestellt und Uebergriffe zurückgewiesen hat. An dieser Grundeinstellung wird die Staatsregierung unbedingt festhalten. Entsprechend dem Grundsatz, daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht, gilt diese Einordnungspflicht auch für die Wirtschaft im Staat. Die freie Entfaltung jeder tüchtigen Kraft soll nicht behindert werden. Aber die Betätigung jedes einzelnen Bürgers muß auch in der Wirtschaft ihre Grenze finden im höchsten Verantwortungsgefühl gegenüber den Mitarbeitern, gegenüber der Wirtschaft im ganzen, gegenüber der Nation.

So kann in großen Zügen die Grundeinstellung umschrieben werden, von der aus die preußische Staatsregierung die Staatsgeschäfte geleitet hat und weiter leiten wird. Zunächst sind Maßnahmen für eine

weltanschauliche Vereinheitlichung des preußischen Hochschulwesens

eingeleitet worden. Es wird von der Auffassung ausgegangen, daß an preußischen Hochschulen nur deutsche Lehrer wirken sollen, die aus dem deutschen Volk hervorgegangen sind, (erneuter stürmischer Beifall) von Lehrern, die sich mit dem deutschen Volk und seinem Schicksal verbunden fühlen. Gleichzeitig ist beabsichtigt, die jungen Kräfte auf unseren Hochschulen stärker heranzuziehen. Es soll weit stärker die Führerverantwortlichkeit herausgestellt werden. Es soll auch ein größerer sozialer Ausgleich innerhalb der Studentenschaft und der Dozentenschaft durchgeführt werden. Diesem Ziele sollen insbesondere eine Senkung der Kolleggelder dienen, sowie weitere Maßnahmen zugunsten des akademischen Nachwuchses.

Gegenüber dem großstädtischen Zentralismus und Bürokratismus soll die landschaftliche Verbundenheit und Bodenständigkeit des neuen Bildungswesens betont und herausgestellt werden (Beifall). Das gilt auch für die

Hochschulen für Lehrerbildung,

die an Stelle der bisherigen pädagogischen Akademien in Zukunft die Volksschullehrer ausbilden sollen. Besonders die neu gegründete Hochschule für Lehrerbildung bei Lauenburg in Pommern und die Erziehungsschulen in Potsdam, Plön und Köslin werden das ihre dazu beitragen, den Geist der nationalen und nationalsozialistischen Revolution und den Geist der Volksverbundenheit der Jugend nahe zu bringen.

Bei der Wiederherstellung der Preußischen Dichterakademie handelte es sich um eine sichtbare Hervorhebung von Geistesgrößen des deutschen Volkes.

Die Kulturpolitik der nationalsozialistischen Revolution hat ihr Ziel dann erreicht, wenn der Gegensatz zwischen Gebildeten und Ungebildeten geschwunden ist, wenn das ganze Volk im einheitlichen Staate einheitlich lebt und schafft.

Zu den Aufgaben der Polizei gehört es, die Voraussetzungen für eine ruhige und gesetzmäßige Entwicklung im Inneren zu schaffen und jeden auf Störung unserer gewaltigen Arbeit gerichteten Versuch im Keime zu ersticken.

Die Gegner des Staates sollen erkennen, daß ihrem Wirken mit unerbittlicher Strenge entgegengetreten werden wird, Dem werktätigen Volk aber will die Polizei Freund und Schützer sein. Mit allen Mitteln der Staatsgewalt will ich auch weiterhin dafür sorgen, daß allen Bestrebungen, die gegen den Bestand und die Sicherheit des neuen Staates gerichtet sind, mögen sie von innen oder außen her kommen, mit rücksichtsloser Energie entgegengetreten wird.

Notwendig war auch ein organischer Umbau der Schutzpolizei. Darum muß ich auf das schärfste protestieren gegen die in Genf aufgetauchte Behauptung, als sei die preußische Polizei der Heeresorganisation hinzuzusetzen, als sei sie ein Bestandteil der deutschen Armee (lebh. Zustimmung).

Die Ausbildung und Ausrüstung der Schutzpolizei ist nicht in dem Sinne gehalten, daß sie der Armee gleichgesetzt werden könnte (erneute Zustimmung).

Die in der Beamtenschaft teilweise vorhandene Beunruhigung über das neue Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zerstreute der Ministerpräsident durch die Versicherung, daß das Schicksal jedes einzelnen Beamten und Angestellten ausschließlich in der Hand seines obersten Chefs, des Ministers selbst, liegen werde. Man habe ein Gesetz zur Beseitigung des Parteibuchbeamten nicht gemacht, um eine neue Parteibuchbeamtenschaft heranzuzüchten. Es sei irrig, daß es genüge, von den ehemaligen marxistischen Parteien zum Nationalsozialismus hinüberzuwechseln, um damit mangelnde Fachkenntnisse usw. vergessen zu machen. Er sei ebenso fest entschlossen, sowohl gegen Angeberei und Verleumdungen wie gegen Indisziplin vorzugehen.

Bei dieser Gelegenheit wies der Ministerpräsident darauf hin, daß die Zugehörigkeit zu einer anderen Partei als

Jacob Schmitz
die große, führende
Bielefelder Wäsche-Fabrik
liefert über ganz Deutschland direkt an Verbraucher zu niedrigen Preisen.
Verlangen Sie bitte unverbindlich illustrierten Katalog, Mustersendung oder Vertreterbesuch.

Viermächtepakt ist über Bord geworfen und wir können wieder frei atmen. Alle sprachen sie im selben Sinne und verurteilten die Revision der Verträge als das schlimmste Abenteuer."

Eine linksgerichtete englische Zeitung drückt ihre Freude darüber aus, daß das sentimentale Mitleid vieler Engländer mit dem von Frankreich so unritterlich behandelten Deutschland nun doch wohl bedeutend nachlassen dürfte: „Möglicherweise wird England nun", bemerkt es, „seine gefühlvolle Meinung über den polnischen Korridor, jenen Weinberg Naboths in Europa, verbessern." Bedenklicherweise, um nicht zu sagen, heuchlerischerweise wird hier Polen mit Naboth und Deutschland mit Ahab verglichen. „Militärisch wäre allerdings Ahab in besserer Lage, wenn er sein Gebiet durch Naboths Landstrich abrunden könnte. Aber soll das deutsche Gefühl und der militärische Nutzen von Deutschland über alle jene Grundsätze siegen, in deren Namen der Krieg geführt worden ist? Und nachdem Deutschland jetzt seinen Gefühlen so offenen Ausdruck gibt, empfindet England nach soviel Sympathie mit den deutschen Gefühlen, wie es früher glaubte?"

Richtet sich im allgemeinen die in der Presse zum Ausdruck gebrachte öffentliche Meinung gegen eine Revision des Versailler Vertrages, insonderheit im Punkt des Weichselkorridors, so muß doch eine englische Zeitung sowohl als eine französische zugeben, daß dieser Punkt tatsächlich immer noch revisionsbedürftig sei, wie man es vor der jetzt herrschenden allgemeinen Völkerbundsverstimmung ja schon zugegeben hatte. So schreibt „The Contemporary" Review, Mai 1933: „Seitdem der Vertrag 1919 unterzeichnet wurde, erschien es aller Kundigen als wahrscheinlich, daß der polnische Korridor eines Tages eine leichte Handhabe bieten würde. Beim Rückblick berührt es eigentümlich, daß die territorialen Bestimmungen des Vertrages, welche im ganzen mit Vernunft entworfen sind (?), einen so unpraktischen Gedanken enthielten, wie die Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Deutschland." Allerdings nicht die Rechtswidrigkeit empört das englische Blatt, sondern nur, weil es für die deutsche Propaganda eine Möglichkeit bedeute, und man könne es Deutschland nicht verargen, wenn es gelegentlich diese Möglichkeit ausnutze. — Die pazifistisch eingestellte französische Zeitung „La République" vom 10. April 1933 ist im Gegensatz zu früher gegen eine Revision des Korridorparagraphen, aber andererseits geht sie doch nicht durch dick und dünn mit Franklin-Bouillon, der von der Tribüne der Kammer gerufen hatte: „Die Grenze Frankreichs ist an der Weichsel", womit er habe sagen wollen, daß jeder Angriff gegen Polen automatisch Frankreichs Angriff gegen Deutschland auslösen müsse: „Nein, die Masse der Mütter, der französischen Frauen, der kriegsdienstfähigen Männer wünscht nicht den Krieg; sie teilt gewiß nicht den Wunsch, in den Krieg zu ziehen, ohne daß unsere Grenzen direkt bedroht sind, und, wenn Herr Franklin-Bouillon das Gegenteil glaubt, dann befindet er sich in großem Irrtum.

Frankreich muß sich dem Feldzug für die Revision widersetzen . . . Aber unser Land darf nicht, und besonders nicht durch geheime Abmachung, die Aufgabe eines beständigen Polizeibeamten von Europa auf sich nehmen, als Wächter und Schutzmann für gewisse — Irrtümer der Verträge von 1919." In der Tat ein sehr bemerkenswertes Eingeständnis dieses pazifistischen Blattes, das sonst unter dem Druck der öffentlichen Meinung gegen eine Revision des Versailler Vertrages in neuster Zeit eintritt. Das Gewissen schlägt offenbar der englischen wie französischen Presse in diesem besonders heiklen und vom Rechtsstandpunkt angreifbaren, durchaus nicht auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker fußenden Punkte des Versailler Vertrages.

Erfreulich ist es, daß die Morning Post eine Rechtfertigung des Göttinger Professors Kahrstedt aufgenommen hat, die die nationale Bewegung zum Gegenstand hat. Sehr verständig ist auch der Leitartikel desselben Blattes, der sich mit „der neuen Ordnung in Deutschland" beschäftigt am 21. April 1933: „Während der beiden letzten Wochen ist auf dem äußeren politischen Schauplatz in Deutschland ein bedeutender Wechsel vor sich gegangen. Lärm und Geschrei der Schlacht (durch die Energie der Hitlerregierung. D. Vf.) werden täglich schwächer und Deutschland bewegt sich allmählich auf eine friedliche Aufnahme der neuen Lebensordnung zu. Aber das will nicht heißen, daß die siegreiche Revolution auf ihren Lorbeeren ruht." Der Artikel führt dann des weiteren aus, daß Deutschland mit dynamischer Energie Besitz ergreife von jedem Zweig des nationalen Lebens in Kunst, Literatur und Sport, in Handel, Industrie und Geldwirtschaft! . . „Es steht fest, daß Herr Hitler Möglichkeiten hat, die in dieser Zeit wenigen Führern gegeben sind. Er genießt ein ungeheueres Ansehen und eine nie dagewesene Macht über Herz und Gemüt seiner Landsleute. Er hat da Ordnung geschaffen, wo vorher Chaos war. Nun muß er noch zeigen, ob er eine aufbauende Hand hat für die praktischen Probleme, zu denen er berufen ist. Diese Fragen liegen hauptsächlich auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Außenpolitik. In letzterer Beziehung hat er bisher eine Zurückhaltung gezeigt, die gute Aussicht für die Zukunft bietet, aber für die Wirtschaftspolitik bestehen wenig Ansatzpunkte. Inzwischen haben er und die hinter ihm stehenden geistigen Kräfte sich ohne Frage stabilisiert, ob die Gegner und Kritiker es wünschen oder nicht; ausländische Beobachter würden gut tun, sich in Geduld zu fassen, ehe sie voreilige Urteile abgeben." Hinter diese sehr vernünftige Meinungsäußerung vom 21. April hat leider die sehr rabiate Aeußerung des englischen Kriegsministers am 12. Mai ein dickes Fragezeichen gesetzt.

der nationalsozialistischen keineswegs ein Hindernis in der beruflichen Laufbahn sein soll.

Insonderheit stellte er Beschwerden des Zentrums gegenüber klar, daß ein dem Zentrum angehörender Beamter nichts für seine Existenz zu befürchten hat und daß ein dem Zentrum angehörender Beamtenanwärter in seiner künftigen Laufbahn nicht behindert ist. Wenn scheinbar jetzt ein starkes Vordringen von Nationalsozialisten in Beamtenstellen oder in führenden Stellen der Selbstverwaltung sichtbar werde, so sei sich die Staatsregierung bewußt, daß sie die heilige Pflicht habe, hier etwas wieder gutzumachen, was die Herrscher des Systems Preußen und die sie schützenden Parteien einst schlecht gemacht haben. (Sehr richtig, rechts.)

Saubere Selbstverwaltung

Ihr ganz besonderes Augenmerk richte die Regierung auf die Wiederherstellung einer straffen und sauberen, sparsamen Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände. Zur Erhaltung einer straffen und sauberen Selbstverwaltung seien Maßnahmen bereits in der Antikorruptionsverordnung getroffen worden. Diese Verordnung hat vor allem mit der stellenweise ins Unerträgliche gewachsenen Vetternwirtschaft aufgeräumt. Sie schließt grundsätzlich aus, daß ein Beamter, Angestellter oder Arbeiter der Gemeinde gleichzeitig einen Sitz in der Gemeindekörperschaft haben kann.

Die Gemeinden waren lange Zeit ein Elderado für die Unterbringung von allen möglichen Freunden. Sie wieder sauber zu machen, sei die erste Pflicht der Regierung.

Die leitenden Stellen in den Gemeinden und Gemeindeverbänden werden künftig nur durch national zuverlässige persönlich unantastbare und fachlich tüchtige Beamte ersetzt werden, die endgültige Bestätigung wird grundsätzlich vom Ablauf einer einjährigen zufriedenstellenden Wahrnehmung des Amtes abhängig gemacht.

Neuer Geist in der Justiz.

Ein erheblicher Teil der Programmrede des Ministerpräsidenten war dem Justizwesen gewidmet. Der neue Geist des Staats, so führte Göring aus, müsse auch in der Justizverwaltung zum Ausdruck kommen. Ein mit Blut und Boden verbundenes Volksrecht stelle die bäuerliche Verfassung des preußischen Erbhofrechtes dar, die vor wenigen Tagen zum Gesetz erhoben worden sei. Die Durchsetzung des Rechts im Volksleben erfolge nicht durch Paragraphen und Buchstaben, sondern durch Männer. Deshalb seien Richter notwendig, deren Denken und Wollen in der Gesamtheit des Volkes verwurzelt sei, und deren Handeln deshalb bestimmt werde durch eine einzige Richtschnur: Das Wohl der Volksgesamtheit. Erforderlich sei, dieses Ziel auch zur Grundlage der Ausbildung von Studenten und Referendaren zum Richter zu machen. Die Aufgaben des Strafvollzuges in seiner Gesamtheit werden in den nächsten Wochen im Mittelpunkt der Beratungen im Justizministerium stehen. Die bürgerliche Rechtspflege nach dem reichsgesetzlich vorgeschriebenen Grundsatz des mündlichen Verfahrens werde eine lebendige und schnelle Rechtsprechung ermöglichen und damit das Vertrauen des Volkes zur Justiz stärken.

Organischer Wirtschaftsneubau

Auch bei der organischen Neuordnung der Wirtschaft gilt es, das grundsätzlich Neue der zu lösenden Aufgaben klar zu erkennen. Die Wirtschaftsordnung muß einer grundsätzlichen Neugestaltung in der Richtung entgegengeführt werden, daß Unternehmer und Arbeiter unter Ueberwindung des Klassenkampfgedankens zu neuer Arbeitsgemeinschaft zusammenwachsen. Der Ministerpräsident erwähnte dann die bereits in die Wege geleitete Börsenreform sowie die Reorganisation der Sparkassen, Girozentralen und Landesbanken. Die Entwicklung bei den Sparkassen zeige gerade in den letzten Wochen eine zunehmende Beruhigung und Entspannung und eine Zunahme der Spareinlagen bei weiterer Minderung der Abhebungen.

Störungen durch unverantwortliche Eingriffe in die Wirtschaft wird die Staatsführung verhindern. Förderung und Belebung der mittelständischen Wirtschaft hat sie sich zur besonderen Pflicht gemacht. Dem dienen insbesondere die Arbeiten für die Hausinstandsetzung, für die weitere Staatsmittel bereitgestellt werden müssen. Der Minister wandte sich dann gegen die Korruptionserscheinungen in der Wirtschaft, gegen die die Staatsregierung rücksichtslos durchgreifen werde. Mit dem Unfug der kleinen und kleinsten Kommissare wird Schluß gemacht werden. Allerdings werden die Schäden des vergangenen Systems nicht mit einmal beseitigt werden können. Demgegenüber soll aber in Zukunft das stärkste Aktivum der Wirtschaft sein das Vertrauen in die nationalsozialistische Bewegung und damit die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit.

Bei der Besprechung der landwirtschaftlichen Fragen fand der Ministerpräsident warme Worte für das Schicksal Ostpreußens, das von uns abgeschnitten sei durch den Korridor, aber es sei nicht abgeschnitten von unseren Herzen und unserem Denken.

Wir wissen, was Ostpreußen leiden muß, daß es auf Vorposten steht, und daß wir für diesen Vorposten sorgen müssen.. Ostpreußen muß wissen, daß es seine Kraft immer wieder aus Gesamtpreußen erneuern kann ((stürmischer lang anhaltender Beifall).

Den letzten Teil der Programmrede bildete ein Ueberblick über die Finanzlage Preußens. Der Haushaltsplan für 1933 ist durch äußerste Sparsamkeit in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Einnahmen und Ausgaben sind um je 347 Millionen geringer als im Vorjahr. Vom Beginn des Rechnungsjahres ab haben erhebliche Steuererleichterungen für die Landwirtschaft und auch für den notleidenden Hausbesitz Platz gegriffen. Von der Entwicklung der gesamten Wirtschaftslage und der Finanzpolitik der Reichsregierung wird es daher abhängen, ob sich der neue Haushaltsplan während seiner Laufzeit wird durchhalten lassen. Das wichtigste Ziel der preußischen Finanzpolitik wird sein, daß Preußen in engster Fühlungnahme mit der Finanzpolitik des Reiches wieder zu gesicherten Finanzverhältnissen gelangt und zugleich in den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Voraussetzungen für eine geordnete Haushaltswirtschaft geschaffen werden.

Am Schlusse seiner Rede stellte der Ministerpräsident fest, daß es unmöglich sei, alle Schwierigkeiten in kurzer Zeit zu bewältigen und alle die Erfolge herbeizuführen, deren das Volk bedürfe. Aber die Staatsregierung sei voller Zuversicht, daß es ihr gelingen werde, den preußischen Staat aus der Not der vergangenen Tage wieder emporzuführen, wenn das gesamte preußische Volk hinter ihr stehe. Die Voraussetzung hierfür sei durch die nationalsozialistische Revolution geschaffen worden. Namens der Staatsregierung dankte der Ministerpräsident allen denen, die für den Sieg alles eingesetzt und geopfert hatten, vor allem den Kämpfern der nationalsozialistischen Bewegung und dem Stahlhelm.

Unter großem Beifall des Landtags dankte der Ministerpräsident zum Schluß dem deutschen Reichskanzler Adolf Hitler, daß er im Reichstag so eindeutig dem Friedenswillen des deutschen Volkes Ausdruck gegeben habe, wie er aber auch die Ehre der Nation fest vertreten habe. Die preußische Staatsregierung stelle sich überzeugt mit dem ganzen preußischen Volk hinter die Erklärung des Kanzlers. Die Ehre und die Freiheit seien die Fundamente Preußens, und Preußen sei das Fundament Deutschlands!

Die Rede fand am Schluß stürmischen Beifall. Die nationalsozialistische Fraktion erhob sich von den Plätzen und brachte dem Ministerpräsidenten Göring ein dreifaches Sieg Heil dar!

In der Schlußabstimmung wird das Ermächtigungs-Gesetz für die Staatsregierung mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Sozialdemokraten angenommen. Präsident Kerrl stellt fest, daß das Ermächtigungs-Gesetz von mehr als zwei Dritteln der Abgeordneten gebilligt, also in verfassungsändernder Mehrheit beschlossen worden ist und schließt sofort die Sitzung.

Die Nationalsozialisten stimmen das Horst-Wessel-Lied an.

Das Kriegsschuldenproblem.

Roosevelt will alle Vorschläge auf Ermäßigung der Kriegsschulden dem Senat überweisen.

Washington, 18. Mai. Die Führer des amerikanischen Kongresses erklärten, daß Präsident Roosevelt keine Sondervollmacht für Kriegsschuldenverhandlungen vom Kongreß nachsuchen werde, sondern beabsichtige, alle Vorschläge der Schuldnerstaaten auf Ermäßigung der Kriegsschuldenzahlungen dem Senat zu überweisen. Er werde in jedem Falle das Gutachten des Senats einholen und keine Abmachungen ohne die vorherige Billigung des Senats treffen.

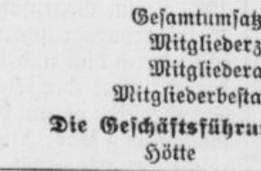
Diese Politik bedeutet ein radikales Abgehen von Coolidges Kommissionspolitik und Hoovers Kongreßführerpolitik. Angesichts der bekannten Haltung des Senats wird es durchaus möglich, daß er alle Revisionsvorschläge ablehnt. Roosevelt beabsichtigt alle bisherigen Vorschläge der Schuldnerstaaten dem Senat in einer Sonderbotschaft zu übermitteln.



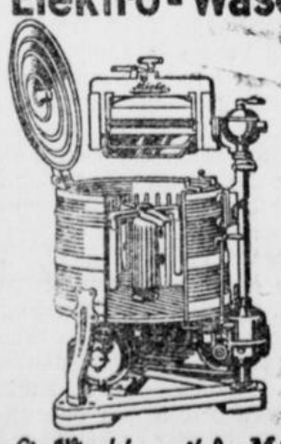
Am Dümmer-See
finden Sommerfrischler gute Aufnahme und Verpflegung
bei Wenzel in Hude,
Post Lemförde i. Hann.
Liegewiese direkt am See.

Wilmsmeiers Moor- und Schwefelbad
Bad Randringhausen . Kreis Herford
Radiumhalt. Quellen, Eröffnung am 20. Mai. Schwefelbäder RM 1.20, Moorbäder RM 3.50. Beste Heilerfolge bei Gicht, Ischias Frauenleiden. Pensionspreis bei gut. Verpflegung RM 3.50. Keine Kurtaxe. Sehr waldreiche Gegend.
Prospekte frei . Fernruf: Bünde 499.

Gummistempel
jeder Art u. für jeden Zweck
liefert rasch, gut u. preiswert
Stempel-Fachgeschäft Ludw. Zweig
Mühlacker (Württemberg)



Miele
Elektro-Waschmaschine Nr. 150



Eine Maschine, über die es nur eine Stimme des Lobes gibt.
Verdecktes Getriebe, geräuschloser Lauf, schwenkbarer Wringer mit dicken, weichen Gummiwalzen.
Ein Waschtag mit der Miele Nr. 150 ist ein Fest!
Zu haben in den Fachgeschäften.
Mielewerke AG. Gütersloh/Westf.

Darlehnsgenossenschaft der Westfälischen Inneren Mission e. G. m. b. H. Münster
Abschluß per 31. Dezember 1932

	Umsätze Soll	Umsätze Haben	Vermögen = Schulden Soll	Vermögen = Schulden Haben	Aufwendg., Erträgnisse Soll	Aufwendg., Erträgnisse Haben
Gewinn u. Verlust Vortr.	19180.—	20964.05				1784.05
Kasse	207485.86	201899.60	5586.26			
Postscheck	999174.84	995013.45	4161.39			
Reichsbank	2187909.09	2187796.40	112.69			
Banken	4030936.35	3540484.27	490452.08			
Laufende Rechnung	4113042.44	4211229.98	127675.70	225863.24		
Einlage Rechnung	468879.62	1457573.08		988693.46		
Darlehn	1033600.—	340631.30	692968.70			
Geschäftsguthaben		67200.—		67200.—		
Reservefonds		17680.—		17680.—		
Lombard		100.—		100.—		
Unkosten	11100.01	375.34			10724.67	
Zinsen u. Gebühren	88910.16	57080.22			31829.94	
Darl., Zins. u. Gebühren	201.50	62392.18				62190.68
	13160419.87	13160419.87	1320956.82	1299536.70	42554.61	63974.73
Reingewinn				21420.12	21420.12	
	13160419.87	13160419.87	1320956.82	1320956.82	63974.73	63974.73

Gesamtumsatz auf einer Hauptbuchseite RM. 13160419.87
Mitgliederzugang in 1932 7 Genossen mit 7 Anteilen
Mitgliederabgang „ „ — „ „ — „
Mitgliederbestand Ende 1932 224 Genossen mit 336 Anteilen.

Die Geschäftsführung Hötte
Der Vorstand Niemann Dr. Kupsch

Ostseebad Swinemünde
Christliches Erholungsheim Parkhospiz, Gartenstraße.
Vollständig renoviert, neue fachm. Bewirtschaftung. Ruh. Haus am Kurpark. Zimmer mit und ohne Balkon von 1.75 RM, volle Pens. von 3.50 RM an. Läng. Aufenth., Fam. und Tagungen Ermäß. Vorzügl. Küche, auch Diät. Tägl. Andacht. Inh. Willy Walter.

M. v. Brandt
Bielefeld, Schillerplatz 12
An- und Verkauf von Grundstücken;
vorschußfreie Vermittlung von Hypotheken
Uebernahme von Hausverwaltungen und Versicherungen.
Beihilfe in Rechts-, Miet- und Versicherungsschaden-Sachen.

Nordsee!
Insel
Amrum!
„Seeheim" Christliches Erholungshaus
Volle Pension 4.— bis 4.50 RM.
Privatkinderheim Paulsen. Pensionspreis (außer Juli und August) von 60.— RM monatl. an. Fordern Sie Hausprosp. durch den Besitzer der Heime **Gemeindevorsteher Paulsen, Nordseebad Norddorf.**

Bethel.

Christl. Verein jg. Männer. Heute, Freitag, 8 Uhr: Jungvolkabend. Wehrsportfragen.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel.

Sonntag, den 21. Mai 1933. Rogate.

Jahresfest der Diakonenanstalt Nazareth.

8½ Uhr: Pastor F. v. Bodelschwingh sen.; 9 Uhr: Pastor Wörmann; 10 Uhr: Pastor F. v. Bodelschwingh, Hermannsheide. Abordnung von Diakon Marx nach Jerusalem. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. 15 Uhr: Festgottesdienst, Pastor Immer, Barmen. Einsegnung von 24 Diakonen, Pastor Tegtmeyer. — Montag, 20¼ Uhr, Gosen: Gemeindebibelstunde.

Himmelfahrt, den 25. Mai:

8½ Uhr: Pastor Greve; 9 Uhr: Pastor Merz; 10 Uhr: Pastor Brandt.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.